

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

**Festen Mut in schwerem Leiden,  
Hilfe, wo die Unschuld weint,  
Ewigkeit geschwornen Eiden,  
Wahrheit gegen Freund und Feind,  
Männerstolz vor Königsthronen, —  
Brüder, gält' es Gut und Blut —  
Dem Verdienste keine Kronen,  
Untergang der Lügenbrut!**

Schiller.

## Arbeitslöhne und Kriegskonjunktur

Im Verlauf des Krieges hat sich in weiten Kreisen die Ansicht eingebürgert, daß die Arbeiter ihren Teil von der Kriegskonjunktur mit abbekämen, daß sie im allgemeinen sehr hohe Löhne verdienten. Einzelfälle, wie z. B. die Phantastelöhne von Berliner Metzgergehilfen, werden aufgebauscht und in unzulässiger Weise verallgemeinert. Es liegt System in dieser Beeinflussung der öffentlichen Meinung, denn gewisse Interessenten haben begründete Ursache, die Forderungen der Arbeiter und ihre Kritik an manchen Zuständen mit dem bequemsten Hinweis auf die hohen Arbeitslöhne abzuschwächen.

Nur schade, daß von den angeblich hohen Löhnen in Wirklichkeit recht viel abgestrichen werden muß, daß die Behauptung in ihrer Verallgemeinerung überhaupt nicht zutrifft. Gewiß soll und kann nicht geleugnet werden, daß ein Teil der Arbeiter, und zwar hauptsächlich die in der Kriegindustrie, höhere Löhne verdienen wie in der Friedenszeit. Ob die Lohnsteigerung den infolge der Teuerung notwendigen Mehraufwand für die Lebenshaltung ausgleicht, ist die zweite Frage, die nur für einen geringen Bruchteil der Arbeiter bejaht werden kann.

Uebrigens gibt es auch in der Kriegindustrie noch genug Arbeiter und Arbeiterinnen, die trotz lohnender Aufträge ihrer Arbeitgeber mit völlig ungenügenden Löhnen abgespeist werden. Man braucht nur an die Glendslöhne der Heimarbeiterinnen der Kriegsbekleidungsindustrie, Sandfackelnherstellerinnen usw. zu erinnern, die von profitgierigen Zwischenunternehmern ausgebeutet werden. Die aufsehenerregenden Heimarbeitsprozesse an den Gewerbegerichten haben das ja vor aller Welt offenbar gemacht.

Keinen Anteil an der Kriegskonjunktur haben ferner die großen Massen der Arbeiter, die nicht direkt für den Heeresbedarf beschäftigt sind, die sich trotz der drückenden Teuerung ohne Einkommenssteigerung zurechtfinden müssen. Dazu gehören auch die Berufe mit Arbeitsstufenverträgen, wo die Löhne für bestimmte Zeiten festgelegt sind, eine Erhöhung aber von den Unternehmern unter Hinweis auf die Verträge abgelehnt wird. Im Baugewerbe z. B. hat der Arbeitgeberbund seinen Mitgliedern unter Androhung von Strafen verboten, den Arbeitern Kriegsteuerzulagen zu gewähren.

Alles in allem genommen, darf wohl gesagt werden, daß die Mehrzahl aller Arbeiter und Arbeiterinnen über kein höheres Einkommen während der Kriegszeit verfügt, infolge der Teuerung also mit einer erheblichen Verschlechterung ihrer Lebenslage zu rechnen hat. Noch schlimmer steht es bei denjenigen Arbeiterfamilien — und ihrer sind sehr viele —, die mit einem verringerten Einkommen haushalten müssen. Dazu gehören die Arbeiter der schwergetroffenen Erwerbszweige — Luxuswaren, Ausführartikel, Textilindustrie —, ferner die Millionen Familien der Kriegsteilnehmer. Was bejagt es demgegenüber, wenn ein Teil der Arbeiter höhere Löhne verdient, wenn in Ausnahmefällen sogar sehr hohe Löhne gezahlt werden? In diesen Fällen verdienen die Arbeitgeber ganz bestimmt noch viel mehr. Wenn angeblich Berliner Großschlächter ihren Gefellen 40, 50, sogar 60 Mark pro Tag zahlen

können, welche Wuchererwinne werden dann die Großschlächter erst selbst einstecken! Wir wären ohne weiteres dafür, daß solche Betriebe von der Gemeinde oder dem Staat in eigene Regie übernommen würden. Es geht aber nicht an, aus solchen Ausnahmefällen allgemeine Schlüsse auf die Lebenslage der Gesamtarbeiterschaft zu ziehen.

## Aus dem Reichstag

Die Pforten des Reichshauses in Berlin sind nunmehr, bis zum 15. März 1916, wieder geschlossen worden. Bei den diesmaligen Verhandlungen ist viel gesprochen, geklagt, geklärt und in Aussicht genommen, viel Praktisches aber nicht erreicht worden. Das liegt in den Verhältnissen. Mitten im Weltkrieg, bei der unsicheren, fortwährend sich ändernden wirtschaftlichen und politischen Lage, ist es nicht möglich, Gesetze zu machen, die schließlich bei den unklaren Verhältnissen alsbald untauglich und unmöglich wären. Die Gesetzgebung ist zur Zeit durch den Bundesrat und die Bundesratsverordnungen ersetzt, weil letztere leichter zu schaffen, zu ändern oder zu beseitigen sind. Der Reichstag hat sich deshalb damit begnügen müssen, seine Wünsche und Forderungen in Form von Resolutionen an die verbündeten Regierungen zu bringen. Die auf die Volksernährung bezüglichen Beschlüsse sind in der Hauptsache in den vorausgegangenen Berichten bereits behandelt worden. Das Beste wäre freilich gewesen, der Reichstag hätte die Knappheit an Getreide, Fett und Futtermitteln beseitigen können, dann hätten auch die Klagen darüber und über die Preise wohl ein Ende. Die Beseitigung der Knappheit an Gegenständen des täglichen Bedarfs hat aber weder Parlament noch Regierung in der Hand; sie ist nur möglich durch erhöhte Produktion und Einfuhr. Dieses ist aber während des Krieges beschränkt. Damit müssen wir uns abfinden und uns entsprechend einrichten. Die laute Diskussion gibt dem Ausland nur weiterhin Anlaß, anzunehmen, wir würden über kurz oder lang wegen Hunger gezwungen, die durch unsere Brüder im Felde erkämpfte günstige Position wieder preiszugeben. Bis dahin, so sagen die Feinde, können wir warten. Eine ernste Mahnung, mit Klagen in Ernährungsfragen Maß zu halten; sie nützen wenig, schädigen uns nur, weil sie zur Verlängerung des Krieges beitragen. Aber auch ebenso eine dringende Veranlassung für die Regierung, alles zu tun, was geeignet erscheint, um berechnete Klagen zu unterbinden.

Bei den Millionen von Menschen verschiedensten Charakters und Bildung, die jetzt im Heeresdienste stehen und die schwierigsten Aufgaben zu erfüllen haben, gibt es selbstverständlich Reibereien und Ungerechtigkeiten. Die Behandlung der Soldaten spielte denn auch bei der letzten Reichstagstagung eine Rolle. Auf diesbezügliche Wünsche hin erklärte der Kriegsminister, daß vorschriftswidrige Behandlung der Mannschaften ohne Unterschied der Person und der Rangstellung der Vorgesetzten entsprechend geahndet würden. Im Reichstag herrschte allgemein die Ueberzeugung, daß die Militärverwaltung alles tut, um ungeeignete Behandlung von Soldaten zu verhindern und den guten Ruf des deutschen Heeres zu wahren. Im Hauptausschuß wurde von Vertretern des Kriegsministeriums hierüber vertrauliche Mitteilungen gemacht.

Ueber Verpflegung und Löhnung der Mannschaften wurden ebenfalls eingehende Untersuchungen angestellt. Man war darüber einig, daß die Verpflegung im allgemeinen eine gute sei. Verschiedene Anträge auf Erhöhung der Mannschaftslohne wurden dem Reichskanzler als Unterlage für eine Besoldungsreform hinübergegeben. Von allen Seiten wurde dabei verlangt, daß die teilweise sehr hohen Gehälter bei den oberen Stellen herabgemindert werden. Auf frühere Vorsetzungen des Reichstags hin sind bereits ganz bedeutende Abschnitte in dieser Richtung erfolgt.

Die Forderung, daß den Mannschaften Urlaub im möglichst weitem Umfang gewährt und insbesondere jenen im Felde stehenden Soldaten zunächst berücksichtigt werden sollten, die einen Urlaub noch nicht hatten, fand bei den zuständigen höchsten Stellen Entgegenkommen. In die Kommandos sind bereits entsprechende Entschlüsse des Kriegsministeriums hinausgegangen. Zur Verhinderung der Urlaubserteilung ist angeordnet, allenfalls von Zeugnissen für die Notwendigkeit des Urlaubs abzusehen. Die Beurteilung aller nur Arbeits- oder Garnisondienstfähigen wird erleichtert. Einer weiteren Forderung des Reichstags, bei Eintritt des Urlaubs das Besoldungsgeld ausbezahlen, ist Rechnung getragen. Eine fast einstimmig angenommene Entschließung des Reichstags in der Sache lautet: „allen nach der Heimaturlauben Militärpersonen für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgeld zu gewähren und Wohnungen und Verpflegungsgeld vor Eintritt oder während der Dauer des Urlaubs anzuzahlen.“ Vom Abgeordneten Macken wurde angeregt, die Gemeinden sollten bedürftigen Urlaubern Aufenthaltsgeld gewähren, wie es verschiedene Städte bereits verabreichen. Die Wirtschaftsverhältnisse in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie wünschte der Reichstag besonders berücksichtigt. Bei der Festjahresfestbestellung und bei dringendem Bedarf an Arbeitskräften in Gewerbe und Industrie sollen die Fachleute, Leiter von Gewerbebetrieben usw. bei der Urlaubserteilung vorzugsweise berücksichtigt werden. Der Kriegsminister erklärte dazu: Wir vergessen nicht, daß das Heer nicht allein Selbstzweck ist, sondern daß auch die Gesichtspunkte des allgemeinen Lebens der Bevölkerung Berücksichtigung nach Möglichkeit fordern. Wenn alle Gewehre gegen den Feind gebraucht würden, könne allerdings eine Urlaubserteilung der Mannschaften nicht eintreten.

Eingehend beschäftigte sich der Reichstag auch mit der Frage, wie die Hinterbliebenen der Gefallenen am besten versorgt und die Kriegsbeschädigten in Arbeit gebracht oder deren Rentenbezüge ausgestattet werden sollten. Um der Rentenpsychose entgegenzutreten, und um die kriegsverletzten Rentenbezieher vor wiederholten ärztlichen Untersuchungen zu bewahren und Rentenfreilichkeiten hintanzuhalten, wurden Dauerrenten verlangt: „Denjenigen Kriegsbeschädigten, bei welchen nach der Art der Beschädigung (Beinverlust usw.) eine wesentliche Veränderung des Zustandes später nicht zu erwarten ist, sollen bei der erstmaligen Rentenfestsetzung 80 Prozent der festgesetzten Rente für die Lebensdauer bewilligt werden.“ Hinsichtlich der nach dem Kriege zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten verlangte Kollege Schirmer die Ausführung der von Verbänden und Gewerkschaften gemachten Vorschläge über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge. Zum ersten Punkt hat der Reichstag bereits früher seine Zustimmung gegeben.

In seinen Ausführungen am 14. Januar 1916 wandte sich Abg. Schirmer auch gegen das Uebermaß von Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben aus gesundheitlichen Gründen, im Interesse des Familienlebens und des Staatswohles. Die diesbezüglichen Arbeiterschutzbestimmungen müßten aufrechterhalten und auch durchgeführt werden. Für ein freies Wahlrecht legte er ebenfalls eine Lanze ein: „Wir sind seitens der christlichen Gewerkschaften Beschwerden zugegangen, daß z. B. die Kottweiler Pulverfabrik den Arbeitern Beschränkungen macht und ihnen gewissermaßen verbietet, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Solche Dinge sollte man doch in der heutigen Zeit im Interesse des Bürgerfriedens unterlassen. Ich unterstreiche dankbar die Worte, die Herr Dr. Straßmann vorhin in dieser Beziehung gesprochen hat. Er hat jene Arbeitgeber, die mit den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsführern nichts zu tun haben wollen, kräftig abgeschüttelt und hat den Standpunkt vertreten, daß Arbeiter und Arbeitgeber in wirtschaftlicher Beziehung zusammenarbeiten und sich verständigen müßten und können, und er hat mit Recht die entgegengelegte Anschauung der Arbeitgeberzeitung zurückgewiesen.“

Seine Worte werden hoffentlich auch im größten Teile der Industrie Anerkennung finden, wie sie sie vom verstndigen Teil der Arbeitgeberchaft bereits gefunden haben.

Die Herabsetzung der Altersgrenze für den Rentenbezug bei der Invalidenversicherung ist beschlossene Sache. Kollege Abg. Becker betonte in seiner Rede vom 15. Januar 1916, daß man an der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre schon deshalb nicht vorbeikomme, weil diese Grenze für den Rentenbezug auch im Angestelltenversicherungsgesetz gezogen ist. Die Vorschage Beckers gingen weiter: „Wenn wir uns hatzen entschließen können, bei 50prozentiger Berufsunfähigkeit die Invalidenrente zu gewähren, dann hatzen wir mit einem Schlage allen alten Leuten von 65 Jahren die Invalidenrente, die in allen Fällen höher ist wie die Altersrente, zugeführt.“ Becker trat auch für eine weitestmögliche Anwendung des Invalidenversicherungsgesetzes, insbesondere unserer Kriegsinvaliden gegenüber, ein. Die Bezüge der Waisen mustzen erhöht und den Krankenkassen die Leistungsfähigkeit, bei den jetzt und nach dem Kriege erhöhten Ansprüchen, gesichert werden. Diesbezügliche Anträge liegen bereits vor. Die Reform der Invalidenversicherung soll in der Marztagung des Reichstages ausgeführt werden.

Zu gleicher Zeit wird eine Aenderung des Vereinsgesetzes erfolgen. Ministerialdirektor Lohwald kündigte in der Sitzung vom 18. Januar die Vorlage eines Gesetzesentwurfes an. Gewerkschaften und andere Vereine, die sich mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen, die sich mit ihrem eigentlichen Aufgabenkreis, der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und anderen gewerkschaftlichen Fragen, befassen, durfzen nach der Vorlage nicht mehr als politische Vereine behandelt werden. Das ist längst unsere Ansicht gewesen.

## Organisation der Laubfutterung

Von Prof. Dr. G. Mehner, Berlin.

### I.

Im letzten Frühjahr kamen Machtkosten, daß grüner Roggen verfüttert würde. Ich gab darauf im „Berliner Tageblatt“ vom 8. Mai v. J. folgende Anregung:

### Kraftfutter in Menge!

Ein Wort zum Schutze des grünen Roggens.

Die Einfuhr des Kraftfutters, an welche die deutschen Landwirte gewöhnt waren, ist jetzt unmöglich. Deshalb hat während des Winters das Vieh sehr gelitten, die Mast war schwierig und der Milchtrag verringert. Daß man deshalb von der Verfütterung des hoffnungsvollen grünen Roggens hören muß, nämlich nicht des dicht gesäten Futterroggens, sondern des jungen Getreides, ist aber nicht nötig!

Jetzt wächst uns ein Kraftfutter zu, welches sonst wenig beachtet wurde, das junge Laub. Wie es wirkt, weiß man von den Ziegen. Diese geben mit Laubfutter viel bessere Milch als mit Gras. Man weiß es auch aus den Untersuchungen der Gelehrten, daß das Baumlaub sehr gehaltreich ist. Es schmeckt

den Tieren auch gut, nicht nur den Ziegen, die Pferde raufen es, wenn sie es erlangen können. Junges Lindenlaub essen unsere Kinder als grünes Naschwerk.

Von den Tieren kann das Laub nicht abgeweidet werden, ausgenommen das sehr niedrige, und gerade dieses muß, wenn es in Pflanzungen und Schomngen wächst, vor ihnen geschützt werden. Aber der Mensch kann das hängende Laub herunterfaheln. Er gewinnt dabei, wenn er die jungen grünen Triebe mit einigen Blättern abschagt, von einem einzigen Baume eine ganze Menge wertvoller Nährstoffe, denn ein Baum ist eine dreidimensionale Wiese. Er breitet sich nicht nur in der Fläche aus, wie gewöhnliche Wiesen, er liefert mehr Grünes, als auf der Fläche, die er deckt, wachsen könnte.

Schaden hat der Baum von der Ernte des ersten Laubes für Futterzwecke durchaus nicht, so wenig als die Hecke, die geschritten wird, oder der Spargel, der bis Ende Juni gestochen wird, oder der Weinstock, dem man um diese Zeit grüne Triebe wegnimmt. Der Baum hat nämlich im Holze Nährstoffe aufgespeichert, hauptsächlich Stärke, und diese wird für den ersten Trieb nur zu einem geringen Teil verbraucht. Es bleibt noch reichlich Stärke für einen zweiten Trieb zurück, und dieser zweite Trieb erfolgt unter Entwicklung der zurückgebliebenen Knospen, die für gewöhnlich nicht zur Entfaltung kommen würden. Der zweite Trieb füllt dann im Sommer die Vorratskammern im Baume wieder auf.

Die Ausnutzung der Vorratskammern im Holze durch die Auberntung der jungen Laubtriebe ist sehr vorteilhaft. Wissenschaftliche Techniker und Landwirte haben schon viele Anstrengungen gemacht, um die Starkemassen im Holze als Futter zur Verwendung zu bringen. Soweit das gelungen ist, gehört dazu das Abschneiden des Holzes und eine sehr feine Mahlung, dann ist aber immer erst im wesentlichen eiweireiche Nährung gewonnen. Die Lebenstätigkeit des Baumes liefert ganz kostenlos eine teilweise Verwandlung der Stärke in wertvolles und leichtverdauliches Eiweiß und gestattet, das Holz stehen zu lassen, so daß es nicht nötig ist, die Henne zu schlachten, welche dem Landwirt goldene Eier legt. Und es ist ein Frevel, der an Landesverrat grenzt, jetzt grünen Roggen als Viehfutter zu schneiden. Ist doch jeder sprossende Palm eine Säule deutscher Kraft.

Möchten sich die Landwirte uberal und nach auerster Möglichkeit die Kraftfutterschatze der Bäume zunutze machen, welche der junge Maihnen schenkt, nicht nur als Grünfutter, sondern auch als Heu, denn wir wissen nicht, was kommen wird!

Wir wußten damals nicht, was kommen würde, aber wir konnten es ahnen. Jetzt wissen wir, daß empfindlicher Futtermangel besteht, und daß dieser schmerzlichen Milchmangel, Buttermangel und Mangel an Fettkafe hervorgerufen hat, Mangel an Fleisch, Mangel an Fett, in der Stadt sogar Mangel an Kartoffeln! Mangel, nicht bloß Teuerung. Es kommen auch wieder Nachrichten, daß wegen Futtermangels Brotgetreide verfüttert wird.

Die Futternot würde nicht bestehen, wenn das junge Laub in der empfohlenen Weise benutzt worden wäre. Wohl ist der Vorschlag von autoritativer und

fachkundiger Stelle aufgenommen worden. (Zun wohl hat das Landwirtschaftsministerium für die Benutzung des Laubfutters gewirkt, wohl hat die Militarbehorde Laubheu gekauft, aber im Ganzen ist die Nutzung des Laubes Ausnahme geblieben, das meiste Laub blieb unbenutzt.)

### II.

Die Ursachen für die bedauerliche Unterlassung sind zunächst in der Geistesstragheit der Menschen zu suchen. Die Verwendung von Laubfutter erscheint jetzt als etwas Neues, obgleich sie in früheren Zeiten recht gebräuchlich war. Aber die Futterbeschaffung aus den Nahrstoffmassen, welche die Tropensonne schenkt, ist so bequem bei den verbesserten Verkehrsmitteln, daß die Laubfutterung fast in Vergessenheit gebracht wurde.

Zur Geistesstragheit kommt als Ursache der Vernachlässigung des Laubfutters eine unberechtigte Scham, wie folgendes Beispiel zeigt:

Eine Gastwirtsfrau auf dem Lande, deren Mann im Kriege war, die eine Schar Kinder durchzuhalten hatte, klagte über die Schwierigkeit der Wirtschaft. Mit der Gastwirtschaft war, wie üblich, Landwirtschaft verbunden. Die Frau stöhnte über Futtermangel. Auf den Hinweis, daß vor ihrem Hause eine Anzahl prächtig besauberter Pappeln standen und daß ihre größeren Jungen, zumal in den Ferien sehr wohl die jungen grünen Laubschosse, die so nahrhaft sind, herunterholen könnten, antwortete sie: „Was würden da die Leute sagen! Die würden ja denken, bel mir wäre es schon alle!“

Also die Aufrechterhaltung des Scheines der Fülle über dem inneren bitteren Mangel hindert, den Mangel zu übern, wo die bequemsten Mittel dazu da sind.

### III.

Der Mangel an Kraftfutter, an Milch, Butter und Käse und Schmalz und Fleisch ist ein allgemein vaterländischer Uebelstand. Man dürfte seine Bekämpfung nicht dem freien Willen und der Einsicht der einzelnen ublassen. Man muß deshalb die Laubfutterung nicht nur empfehlen, sondern organisieren. Trotz des gesteigerten Mangels in diesem Frühjahr werden die alten Ursachen ungenügender Benutzung des jungen Laubes wieder wirksam werden. Man muß deshalb dem allgemeinen Uebel durch eine allgemeine Anordnung von Gesetzekraft begegnen.

Man muß behrodlich anordnen, daß jeder Besitzer eines Baumes, der Laubfutter trägt, seinen Baum zur geeigneten Zeit zu scheren hat. Genau wie in manchen Gegenden angeordnet ist, daß die Raupenmester zu schneiden sind, die Blutlaustriebe und das Spargelkraut verbrannt werden müssen. Jeder Gemeindevorstand (Bürgermeister) muß darauf verpflichtet werden, daß die rechtzeitige Laubente vorgenommen wird. Der Gemeindevorstand hat rechtzeitig zu ermitteln, ob die Arbeitskräfte dafür vorhanden sind. Fehlen sie, so liefert er sie aus dem Bestande der Kriegsgefangenen. Diese Arbeitskräfte sind vom Besitzer des Laubes zu entlohnen und zu beaufsichtigen. Da die Laubernte im Süden und Westen Deutschlands beginnt und bis zum Eintritt im Nordosten etwa ein Monat vergeht, so kann ein Heer von Laubschneidern über Deutschland hinwegziehen und kann bei seiner Tätigkeit große Uebung und Gewandtheit erlangen. Man

Ein Weg durch Korn und roten Klee,  
Darüber der Lerche Singen,  
Das stille Dorf, der helle See,  
Süßes Weiden, frohes Klingen.  
Es wogt das Korn im Sonnenbrand,  
Darüber die Glocken schallen.  
Sei mir gegrüßt, mein deutsches Land,  
Du schönstes Land von allen!

Prinz Emil von Schoenaich-Carolath.

## Persien und der Weltkrieg

Immer mehr ist im Verlaufe dieses Krieges das Interesse zum Osten, zum Orient hin verschoben worden. Einen gewissen Schwerpunkt dieses Interesses bildet heutzutage auch Persien, welches höchstwahrscheinlich in Zukunft eine ganz besondere Rolle zu spielen berufen ist. Persien liegt heute eingeteilt zwischen drei kriegsführenden Mächten. Im Westen grenzt es an die Türkei, im Norden an Rußland, im Südwesten an Britisch-Indien, während im Süden der Persische Golf die Verbindung mit dem Meer herstellt.

Das persische Reich, im Altertum ein Weltreich von großer Bedeutung und Ausdehnung, ist in neuerer Zeit wie fast alle die früheren reichen asiatischen Staaten-gebilde zu einer gewissen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Das heutige persische Reich erstreckt sich jedoch weit über die alte Fläche, die aber damals so groß ist als Deutschland. Dagegen ist Persien 1861 juenger bekannt als Deutschland. Während in Deutschland 120 Monate mit dem Kaiserthum regierten, hat es in Persien nur 52. Deutschland ist in Persien heute etwa 10 Mal mehr Einwohner. Die Herrschaft der Monarchen ist dort, während 25 Millionen, fast unabhängig.

Indes ist es wichtig, zu bedenken, daß es bei den Mohammedanern, beim Islam, zwei verschiedene Richtungen gibt, die sich jahrhundertlang gegenseitig heftig bekämpft haben, nämlich die Sunniten und die Schiiten. Zu den Sunniten gehören vor allem die Türken; sie bekennen sich zur Sunna und betrachten den Sulian in Konstantinopel gleichzeitig auch als das geistliche Oberhaupt, als den „Kalifen“ der Mohammedaner. Dagegen bekennen sich die persische Bevölkerung bis auf wenige Ausnahmen zur Schia; sie sind Schiiten, welche die Nachfolge des Propheten Mohammed durch Omar nicht anerkennen und daher auch das osmanische Kalifat in Konstantinopel als unrechtmäßig betrachten. Das geistliche Oberhaupt der Schiiten ist der Klerus der Moschen von Kerbela bei Bagdad. Bis vor kurzem waren die beiden Richtungen durch einen tiefgehenden Gegensatz voneinander getrennt. In neuerer Zeit hat sich aber eine Annäherung zwischen Schiiten und Sunniten, also besonders zwischen Persern und Türken, vollzogen, und zwar hauptsächlich infolge der Erkenntnis, daß ein Zusammenhalten notwendig sei gegenüber den russischen und englischen Bedruckern.

Persien hat allerdings allen Grund, in Rußland und England seine schlimmsten Feinde und Bedroher seiner nationalen Selbstständigkeit zu erblicken. England und Rußland haben sich primär in die inneren Angelegenheiten Persiens hineingewirkt. Fast alle Reize, welche von der persischen Regierung geplant wurden, sind von den Russen und Engländern gestört und vereitelt worden. Sowohl England wie Rußland haben von jeher darauf bestanden, Persien ihrem Besitz einzuverleiben. Beide Mächten erblicken in Persien eine Statze zur Erreichung ihrer Ziele. England wollte auf diesem Wege Bagdad und die arabische Küste mit Indien verbinden. Rußland wollte über Persien an den Persischen Golf gelangen, um auf diesem Wege endlich einen sicheren Zugang zum Meer zu erhalten. Ein

englisches Persien würde Rußland dauernd von Sibirien abperren. Ein russisches Persien würde eine Bedrohung von Britisch-Indien bedeuten. Beide Fälle aber wären eine schwere Bedrohung der Türkei. Aber auch die andern Mächte haben ein großes Interesse an einem freien, selbstständigen Persien. Persien ist nach seiner geographischen Lage der Schlüssel für die Beherrschung des Orients.

Lange Zeit hat der englisch-russische Gegensatz wegen Persiens die Weltpolitik beeinflusst, bis im Jahre 1907 ein einstweiliges Übereinkommen zwischen England und Rußland getroffen wurde. Am 30. August 1907 schloen Rußland und England einen Vertrag, durch den sie auerlich zwar die politische „Selbstständigkeit“ Persiens anerkannten, aber die Bandereien doch wirtschaftlich zu selbstständigen Ausbeutungszwecken unter sich aufteilten, indem sie das Land in sogenannte „Interessensphären“ oder „Einflugebiete“ einteilten. Persien wurde in drei Zonen geteilt: über die nördliche sollte Rußland verfügen, über die südliche England, die mittlere Zone aber, die östlich aus Salzsteppen besteht, sollte als neutraler Niegel von beiden verschont werden. Gewiß wird dieses Abhängigkeitsverhältnis von manchen persischen Patrioten als ein host unwürdiges betrachtet, aber England und Rußland haben die inneren Kräfte und auch die militärische Macht Persiens so niederzuhalten gewollt, daß die Vorbedingungen zu einer Abschuttelung des fremden Joches in Persien nicht vorhanden waren. Jetzt während des Weltkrieges aber scheint es in Persien ein allgemeines Erwachen zu geben, und mancher Perser hält nun die Zeit für gekommen, das Übereinkommen durchzuführen und Persien seine alte, geistliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Ein Ziel, dessen Erreichung wir im Interesse der Weltfriedensbewegung auch in unserem Interesse wünschen könnten.

kann immer dieselben Hilfskräfte für die Laubernte in ganz Deutschland benutzen, von der Maas bis an Memel oder auch von der Dise bis an die Düna. Das gibt eine ähnliche Wanderung, als wenn die Lohnschnitter in den niedrigen warmen Gegenden Sachsens sich verdingten und sich dann im Laufe einiger Wochen durch die Mehrenfelder ins Gebirge hinauf wähten.

Das Laubschneiden wird Geld kosten; deshalb muß das geschnittene Laub Geldwert haben. Die Gemeinden müssen wohlgetrocknetes und wohlgepeichertes Laub beisehen oder Ueberschüsse aufkaufen. Ihre Rückenbedeckung für die Käufe muß durch eine organisierte Futterbeschaffung des Reiches geboten werden, welche aus ihren Mitteln das Laubheu zu angemessenen Preisen handelt und an städtische oder ländliche Verbraucher, die Futterbedarf haben, abgibt.

Die Landes- und kriegsübliche Verwertung des heimischen Kraftfutters muß vermieden werden. Sie ist eine selbstverständliche und notwendige Folge unserer kapitalistischen Organisation, welche das Gegenteil von Organisation ist. Wenn Scharen von Kaufleuten, Agenten, Vermittlern und ihren Hilfskräften ein landesgemäßes Dasein von getrockneten Lindenblättern und dergleichen führen wollen, im Gewirr von Angebot und Nachfrage — Verzeihung, Geseh von Angebot und Nachfrage —, so wird das Laubheuen kostbar. Eine „fähige kaufmännische Kraft“ muß verknüpfungsweise ihre 50 000 M jährlich haben, und eine Mähte ihre 20 000, sonst arbeitet sie für sich. Die Leute regen sich darüber auf, weil sie in Geschäften unwillig sind. Sie werden aber ganz unüberweislich moralisch, denn so ist die Welt.

Freilich nicht die ganze Welt. So. Exzellenz, der kgl. preussische Minister für Handel und Gewerbe, der doch dem Handel und Gewerbe nicht ganz fern steht, besorgt uns seine umfangreichen, politischen, sozialen und gelehrten Geschäfte für jährlich 36 000 Mark, und seine vortragenden Räte, sehr hohe Herren, von denen jeder sofort 100 000 M mindestens bekommt, wenn er in die Industrie geht, leisten ihre Arbeit noch viel billiger, als der Herr Minister. Das legt den Gedanken nahe, die einfache Aufgabe, das Laub vom Baume an das Vieh zu bringen, durch den bestehenden Verwaltungsapparat zu lösen, der ohnehin mit der Laubheu-Verordnung beschäftigt werden muß. Dazu müßte allerdings der Geschäftsgang in den nachgeordneten Stellen (zugunsten der Landwirtschaft!) mehr Beweglichkeit und Entschlußfähigkeit bekommen, als er hat. Sonst lieber Kaufleute, welche „Verdiener“ groß schreiben, aber auf dem Umwege des Eisens und der Findigkeit aus Eigennutz auch mit dem Lande dienen, einigermaßen das nationale Gebot, die nationale Arbeit auszuführen.

IV.

Aber ob man nun den Amtsweg oder den Privatweg, den Dienstweg oder den Profitweg wählt, das ist die zweite Frage. Die Hauptsache ist, man muß das junge Laub benutzen! Es wächst eine Unmasse von nahrhaftem und wohlbekömmlichem Laub in Deutschland. Das Uebernten des ersten Triebes schadet den Bäumen nichts, wenn es früh genug erfolgt. Wird diese Ernte organisiert, so ist das besser und tausendmal wirksamer, als wenn man die Dinge mit guten Ermahnungen privatwirtschaftlich laufen läßt und dann bei den üblen Folgen der wirtschaftlichen Nichtregierung mit Butterkanten, Milchfalten oder wohl gar aufreizenden Sparfahrscheinensvorschriften, mageren Volks-Buchbüchern und dergleichen unter großem Arbeitsaufwand die Leiden bestenfalls gleichmäßig verteilt, aber keineswegs lindert und noch weniger behebt.

Die Organisation der Distribution kommt zu spät, die Organisation der Produktion ist notwendig!

Man sollte jetzt schon die Verordnung zur Laubernte bekannt geben, damit die Menschen bei der Wiederholung im Mai nicht vor dem neuen Gebanken scheuen.

Hätte man im letzten Mai die Laubernte organisiert, anstatt propagiert, so hätten wir jetzt Butter und Milch, Fett und Fleisch in Fülle.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Hermann Theis**, Mitglied der Zählstelle Südenscheid; **Jos. Seilmann**, Mitglied der Zählstelle Dortmund; **Maurer**, Unteroffizier; **Gustav Konitz**, Zählstelle Berlin; **Ferdinand Jacobsmeier**, aus Eisen, Mitglied der Verwaltungsstelle Paderborn; **Unteroffizier Paul Ott** von Hofen bei Cannstadt; Mitglied der Zählstelle Stuttgart. Außerdem erhielt **Kollege Ott die Verdienstmedaille**. Unseren Glückwunsch.

**Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise.** Amlich wird mitgeteilt: „Um die rechtzeitige Frühjahrsvorversorgung der größten Städte und Industrievorte mit Kartoffeln zu sichern

und gleichzeitig die jetzt unerwartet günstigen Witterungsverhältnisse und Transportmöglichkeiten auszunutzen, hat der Reichskanzler die Reichskartoffelstelle ermächtigt, bei ihren Ankäufen für diese Städte schon jetzt die gesetzlichen Höchstpreise in gewissen Grenzen zu überschreiten. Für den Verbrauch wird diese Anordnung bis auf weiteres nicht fühlbar werden, da die Absicht besteht, mit Hilfe von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln die Kleinhandelshöchstpreise für den Winterbedarf aufrechtzuerhalten. Dabei ist zu hoffen, daß es auf diesem Wege auch gelingt, die in einzelnen Orten aufgetretene Kartoffelknappheit zu überwinden.“

Die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise ist damit beschlossene Tatsache, wenn sie vorläufig auch nicht den Konsumenten trifft. Dafür aber wird aus öffentlichen Mitteln den Produzenten ein höherer Preis von 1,25 M gezahlt, das sind 4—4,35 M pro Zentner. Die jetzigen Kleinhandelspreise gelten aber nur für den „Winterbedarf“ weiter. Ist dieser vorbei, müssen die Konsumenten die dem Landwirt und Händler bewilligten höheren Preise selber tragen. Trübe Aussichten.

**Woher der Kartoffelmangel?** Wenn bisher behauptet wurde, der Kartoffelmangel rühre daher, weil den Produzenten und Händlern die festgesetzten Preise zu niedrig seien, und sie deshalb die Kartoffeln zurückhielten, wurde dies bestritten. Neuerdings geben die Landwirtschaftskammern dies selbst zu. Der Vorsitzende der schlesischen Landwirtschaftskammer, **Fehr v. Kötzing**, führte in einer Vollversammlung genannter Kammer aus, daß die Landwirte bei dem „billigen“ Preis von 2,75 M die Kartoffeln lieber an das Vieh verfütterten, als sie verkauften. Die jetzigen Preise ständen in Widerspruch mit den Verhältnissen. Er beschwor eine Zusammengehen mit den Händlern. Damit würde nicht nur eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln erzielt, sondern er verspreche sich auch bessere Preise davon (natürlich für die Produzenten).

**Gefängnisstrafe für Tarifbrecher.** Mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bedroht eine Verordnung des kommandierenden Generals des VI. Armeekorps für die Bereiche der Postungen Glatz und Bressan alle Unternehmer, Betriebsleiter, Aufsichtspersonen und Vermittler, die bei Lieferungen für die Heeresverwaltung den Arbeitern die von den militärischen Stellen festgesetzten Lohnsätze nicht innehalten oder die angelegten Löhne nicht in voller Höhe zahlen. Derartige Verordnungen sind nur zu begrüßen.

**Die Entwicklung der Fleischpreise.** Während die Schweinefleischpreise bis zur Festsetzung der Höchstpreise im November v. J. sich in dauernd aufsteigender Linie bewegten, hielten die Rindfleischpreise immerhin noch ein verhältnismäßig niedriges Preisniveau inne. Das ist in den letzten Monaten anders geworden, wie aus den monatlichen Durchschnittspreisen am Berliner Schlachtviehmarkt ersichtlich wird:

Es kosteten im Durchschnitt im	Ochsen	Bullen	Färsen und Kühe
Oktober 1915	63,00	50,70	52,90
November 1915	68,13	52,75	54,63
Dezember 1915	76,90	57,70	58,30
1./15. Januar 1916	80,50	61,50	64,00
	Kälber	Schafe	Schweine
Oktober 1915	93,78	58,70	146,61
November 1915	90,06	64,50	111,29
Dezember 1915	102,31	67,80	108,89
1./15. Januar 1916	119,13	85,50	110,00

Die Preise verstehen sich pro Zentner Lebendgewicht. Es ist somit eine starke Steigerung derselben vorhanden und hält noch weiter an. Diese hohen Rindfleischpreise bilden bei dem vorhandenen Futtermittelmangel direkt einen Anreiz zum Schlachten, wobei festzustellen ist, daß dabei das Angebot an Rindern ganz besonders gestiegen ist, wodurch die Milch- und Futtermittelproduktion gefährdet wird. Sobald das Frühjahr die Möglichkeit der Grünfütterung bietet, wird das Angebot von Rindvieh zum Schlachten sehr stark zurückgehen, was wiederum nicht ohne Einfluß auf die Preise bleiben wird. Die Schweinefleischpreise weisen nach Festsetzung der Höchstpreise eine starke Senkung auf, es ist aber fast kein frisches Schweinefleisch mehr zu haben, die Metzger verarbeiten daselbe zu Wurst, oder es wandert in die Konjervenfabriken, weil auf diese Weise höhere Preise erzielt werden. Die Reichsregierung plant nun eine anderweitige Regelung der Fleischversorgung durch eine Zwangsorganisation der Viehzüchter und Viehhändler. Für Preußen sind die Bestimmungen bereits erlassen, die wir an anderer Stelle mitteilen. Ob damit der gewollte Zweck erreicht wird, bleibt abzuwarten.

**Gelbe Werkvereine und Verbraucherinteressen.** Wer den Charakter der gelben Werkvereine näher kennt, wird sich nicht darüber wundern, daß diese Organisationen Gegner der neuen Konsumentenbewegung sind, so sonderbar dies von einer „Arbeiter-Organisation“ klingen mag. Der in Eisen erscheinende „Werkverein“, das Blatt der westdeutschen Gelben, nennt (Nr. 52, 1915) den Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen „eine ernste Gefahr für die künftige Entwicklung unseres innerpolitischen Lebens“. Gefährlich ist jener Kriegsausbruch der Konsumenten deshalb, weil er seine Tätigkeit auch auf die spätere Friedenszeit ausdehnen will. Er will also den Gegensatz zwischen Verbrauchern und Herstellern verwegen und mit der Auflage, daß der Staat in erster Linie an die Produzenten denke und deren Interessen ins Auge fasse, die Geister noch mehr verwirren.“

Gegen die Richtigkeit dieser Behauptungen, wie auch gegen die weitere Unterstellung, daß sich die Tätigkeit des Konsumenten-Ausschusses gegen die Sozialpolitik richte, braucht kein weiteres Wort gesagt zu werden.

Beachtung verdient jedoch, daß die Gelben genau so, wie sie das Schicksal der Arbeiter dem guten Willen der Arbeitgeber anheimstellen, jetzt auch die Interessen der breiten Verbraucher Massen den Produzenten und Händlern auf Gnade oder Ungnade überantworten wollen. Ob das die Mitglieder der gelben Werkvereine nicht hoch zum Nachdenken anregen könnte!

**Neue Reichssteuern.** Die Reichsregierung beschäftigt, für die Verzinzung der Kriegsausgaben noch während des Krieges neue Steuern einzuführen. Die dem Reichstag zugegangene Vorlage zur Vorbereitung der Kriegsgewinnsteuer ist bekannt. Wie nunmehr verlautet, sollen ferner Zigaretten und Zigaretten mit einer höheren Besteuerung bedacht werden; Telegrammgebühren, Paketporto, Briefporto, Fernspreckgebühren sowie die Eisenbahnfahrtpreise (durch Erhöhung der Stempelabgaben) sollen eine Steigerung erfahren. Die neuen Einkünfte sollen 500 Millionen betragen.

**Der Kleinhandel über die Höchstpreissetzung.** Ein Kleinhandelsrat für Rheinland und Westfalen, der in Barmen tagte, nahm folgende Resolution an:

„Der Kleinhandelstag wendet sich gegen immer stärker hervortretende Bestrebungen, insbesondere dem selbständigen Lebensmittelkleinhandel den notwendigen Verdienst zu schmälern und ihn auszuscheiden. Seine Aufrechterhaltung bei Lebensfragen des Volkes, für die er in erster Linie sachverständig und der gegebene Mittler ist, hat bei Volkswohlfahrt gewaltige Schäden und den öffentlichen Mitteln, z. B. denen der Städte, große Verluste zugefügt. Der dem Kleinhandel nach den behördlichen Preisfestsetzungen verbleibende Nutzen deckt vielfach nicht die Geschäftskosten. Der Lebensmittel-Kleinhandel sieht sich dem Niedergange preisgegeben, wenn kein Wandel eintritt. Es geht nicht an, gegenüber der gewiß notwendigen Kriegsfürsorge für die breiten Massen das Wohl bürgerlicher Selbständigkeit außer acht zu lassen. Die Höchstpreissetzung muß daher mehr als bisher auf die Bestehensmöglichkeit des Kleinhandels Rücksicht nehmen. In den Kleinhandelsstand richtet der Kleinhandelsrat die bringende Aufforderung, möglichst unter Aufhebung an die bestehenden Einkaufsvereinigungen sich zu Bezugsvereinigungen zusammenzuschließen und im Anschluß an die Verbände für eine zweckmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel und sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs zu den Kriegsverhältnissen entsprechenden angemessenen Preisen Sorge zu tragen.“

Wir wollen nicht behaupten, daß es gerade der Kleinhandel gewesen ist, der die Spekulationsgewinne eingesehnt und die Verteuerung hervorgerufen hat. Tatsache aber ist, daß der Handel allgemein sich die Sachlage geschaffen hat, die den behördlichen Eingriff erforderlich machte. Nicht gegen die Regierung sollte sich daher der Kleinhandel wenden, sondern gegen die Kriegsgewinnspekulanten im Handel selbst.

**Für die Durchführung des Mittelkanals.** Der Ausschuss zur Förderung des Rhein-Weiser-Elbekanals, der am 25. Januar in Berlin tagte, nahm zugunsten der Durchführung des Mittelkanals folgende Resolution an:

„Die Schaffung einer ununterbrochenen Wasserstraßenverbindung zwischen dem Osten und Westen unseres Vaterlandes ist eine unabwiesbare Notwendigkeit geworden. Dringender noch als zuvor fordern wir die Weiterführung des Kanals von Hannover bis Magdeburg. Für die Beschaffung der Holzernährung des Ostens und Westens würde der völlige Ausbau des Rhein-Elbe-Kanals einschließlich der zugehörigen Stichkanäle ein unschätzbare Gewinn sein. Diesem Ausbau stehen nachweislich erhebliche technische Schwierigkeiten nicht entgegen; wohl aber ist seine hohe Wirtschaftlichkeit gesichert. Durch die Fortführung des Kanals bis zur Elbe würde die Rentabilität des Rhein-Weiser-Kanals erhöht und eine Entlastung der Kommunalverbände von den übernommenen Garantieleistungen herbeigeführt werden. Ebenso wichtig wie die hohe volkswirtschaftliche ist die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Endkanals. Was die Vergangenheit gefordert, die Gegenwart entbehrt hat, muß der Zukunft gesichert werden. Die Not des Krieges hat den geschlossenen nationalen Wirtschaftsstaat geschaffen. Die Sorge um die künftige Sicherung unseres Vaterlandes wird dies niemals außer Acht lassen dürfen. Die wirtschaftlichen und die Verkehrsverhältnisse haben sich gerade im Laufe des Krieges berart verschoben, daß für den erfolgreichen Ausgleich von Ost und West das einseitige Wasserstraßenwerk Vorbedingung ist. Der Ausschuss zur Förderung des Rhein-Weiser-Elbe-Kanals muß hierauf auf Grund der in seinem Auftrage verfaßten und Regierung und Parlament vorgelegten Denkschrift den möglichst raschen Ausbau des Schlusstückes des Mittelkanals auf das dringendste befürworten. Gerade die gegenwärtige Zeit, wo Deutschland geeint über den Parteien sich erhoben hat, ist wie niemals geeignet, das große Kulturwerk zu vollenden.“

Kriegsunterstützungen der Industriellen

In der Fach- und Tagespresse wurde in letzter Zeit häufig auf die Unterstützungen hingewiesen, die von den Unternehmern an Kriegsteilnehmer oder deren Familien gezahlt werden, wobei ganz beträchtliche Summen herauskommen. Die Zusammenstellung und Veröffentlichung dieser Unterstützungen ist systematisch organisiert vom Zentralverband deutscher Industrieller. In einem vertraulichen Rundschreiben dieser Organisation, datiert vom 28. Oktober 1915 und unterzeichnet von Dr. Schweiggöffer, M. d. A., werden die Arbeitgeber unter Hinweis auf die Veröffentlichung der Gewerkschaftsunterstützungen angefordert, ihre Aufwendungen an freiwilligen Unterstützungen auf besonderen Fragebögen zusammenzustellen und einzureichen.

